

Energie, Klima, Umwelt | Klima

Klimapolitik nach Glasgow

vbw

Position

Stand: November 2021

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Internationale Kooperation vor nationalen Alleingängen

Die Erwartungen an die 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow waren groß. Tatsächlich gelang es beim diesjährigen Klimagipfel, die pandemiebedingt ins Stocken geratenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Allerdings wurde auch deutlich, dass ein globales Level-Playing-Field weiterhin nicht in Sicht ist.

Ein wichtiger Erfolg ist die Finalisierung des Regelwerks für den globalen Marktmechanismus. Dieser bietet die Möglichkeit, Emissionen dort zu mindern, wo es am kostengünstigsten möglich ist. Das Instrument ist auch für die Wirtschaft von Relevanz: Unternehmen können die generierten Zertifikate nutzen, um anderweitig nicht vermeidbare Emissionen zu kompensieren.

Begrüßenswert sind auch die neuen Zusagen für die Klimafinanzierung, die zahlreichen Klimaschutzinitiativen und die Ankündigung von China und den USA, beim Klimaschutz stärker zu kooperieren. Erstmals werden alle Staaten aufgerufen, ihre Anstrengungen beim schrittweisen Ausstieg aus der Kohle und beim Abbau ineffizienter Subventionen für fossile Energien zu erhöhen.

Gleichwohl zeigte sich in Glasgow, dass die aktuellen Klimaziele der Staaten nicht ausreichen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Auch kann keineswegs von vergleichbar ambitionierten Klimabeiträgen die Rede sein. Bis Ende 2022 sind nun alle Staaten erneut aufgefordert, aktualisierte 2030-Ziele vorzulegen. Vor allem China als weltweit größter Emittent muss sein 2030-Ziel nachschärfen.

Die EU hat mit ihrem neuen 2030-Ziel und dem zugehörigen Fit-for-55-Paket einen ehrgeizigen Beitrag vorgelegt. Der Klimafahrplan der EU wird seiner Vorbildfunktion aber nur dann gerecht, wenn er es schafft, Klimaschutz und eine starke wettbewerbsfähige Wirtschaft miteinander zu vereinen.

Internationale Kooperation und ein globales Level-Playing-Field sind die zentralen Voraussetzungen für einen effizienten und erfolgreichen globalen Klimaschutz. Bis weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen erreicht sind, ist ein verlässlicher Carbon-Leakage-Schutz erforderlich. Effektiver Klimaschutz und eine wettbewerbsfähige Industrie gehören zusammen.

Bertram Brossardt
22. November 2021

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Einleitung	2
1.1 Entwicklung der globalen Treibhausgasemissionen	2
1.2 Lücke zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels	5
2 Ergebnisse der 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow	7
2.1 Ambitionssteigerung beim Klimaschutz	7
2.2 Engagement der größten Emittenten	9
2.2.1 China	9
2.2.2 USA	10
2.2.3 EU	10
2.2.4 Indien	11
2.3 Ausarbeitung Artikel 6 des Weltklimavertrags	11
2.4 Konkretisierung der Transparenzregeln	12
2.5 Weitere Zusagen für die Klimafinanzierung	13
2.6 Lösungen für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten	15
2.7 Initiativen	16
2.8 Position der vbw	17
3 Ausblick	19
3.1 Nächste Sitzungsrounden	19
3.2 Überprüfung des 2020-Klimafinanzierungsziels	19
3.3 Globale Bestandsaufnahme 2023	20
Literaturverzeichnis	21
Ansprechpartner / Impressum	26

Position auf einen Blick

Grundlage für effizienten globalen Klimaschutz schaffen

Bei der 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow wurde deutlich, dass die aktuellen Klimaziele der Staaten nicht ausreichen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Zudem variiert das Ambitionslevel der nationalen Klimabeiträge stark. Von einem globalen Level-Playing-Field sind wir noch weit entfernt.

Effektiver Klimaschutz kann nur erreicht werden, wenn alle Staaten an einem Strang ziehen, das heißt, anspruchsvolle und Paris-konforme Klimaziele verfolgen und diese letztlich auch umsetzen. Vor allem die weltweit größten Emittenten müssen hier vorangehen. Die Kooperation zwischen den USA und China ist zu begrüßen. Beide Akteure müssen nun Ernst machen: China muss sein 2030-Ziel nachschärfen. In den USA gilt es die Umsetzung der Klimaziele zu sichern.

Die Verabschiedung eines Standards für den neuen internationalen Marktmechanismus ist zu begrüßen. Dieser schafft Klarheit für den freiwilligen Markt für die Kompensation und damit auch für die unternehmerische Praxis beim Ausgleich von Emissionen. Nun müssen rasch die technischen Feinheiten für die Anwendung des Marktmechanismus ausgearbeitet werden, damit dieser möglichst schnell operationalisiert werden kann.

Die derzeit bestehende Lücke zum 100-Milliarden-US-Dollar-Ziel für die Klimafinanzierung gilt es zu schließen. Alle Staaten, auch Schwellenländer und der Privatsektor müssen Finanzmittel in angemessener Höhe bereitstellen. Vor allem für Projekte zur Anpassung an den Klimawandel und den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten sind zusätzliche Mittel erforderlich, um besonders vulnerable Länder zu unterstützen. Zudem gilt es das neue Klimafinanzierungsziel für die Zeit ab 2025 vorzubereiten.

Die EU hat mit ihrem neuen 2030-Klimaziel und dem Fit-for-55-Paket einen ehrgeizigen Klimabeitrag präsentiert. Bei der weiteren Verhandlung des Pakets dürfen die Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit der geplanten Maßnahmen, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht aus den Augen verloren werden.

Der anvisierte CO₂-Grenzausgleich ist abzulehnen. Dieser birgt handelspolitische Risiken und stellt keine Alternative zu den bisherigen erprobten Instrumenten für den Carbon-Leakage-Schutz dar. Um Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen, sollte die EU auf internationale Kooperation setzen. Langfristiges Ziel muss ein einheitlicher globaler CO₂-Preis sein. Die Gründung eines internationalen Klimaclubs könnte hierfür die Grundlage schaffen.

1 Einleitung

Mit dem derzeitigen Ambitionslevel wird das 1,5-Grad-Ziel verfehlt

Mit einem Jahr Verspätung fand vom 31. Oktober 2021 bis zum 13. November 2021 die 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow, Schottland, statt. Der ursprünglich für Ende 2020 angesetzte Gipfel wurde infolge der globalen Corona-Pandemie um ein Jahr verschoben.

Ziel der 26. UN-Klimakonferenz war es, das durch die Pandemie entstandene Vakuum zu füllen und die ins Stocken geratenen Verhandlungsprozesse wieder in Gang zu bringen.

Der Gipfel wurde vom Vereinigten Königreich in Partnerschaft mit Italien ausgerichtet. Präsident des Gipfeltreffens war Alok Sharma, der britische Minister für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie. An der Konferenz nahmen mehr als 30.000 Personen teil.

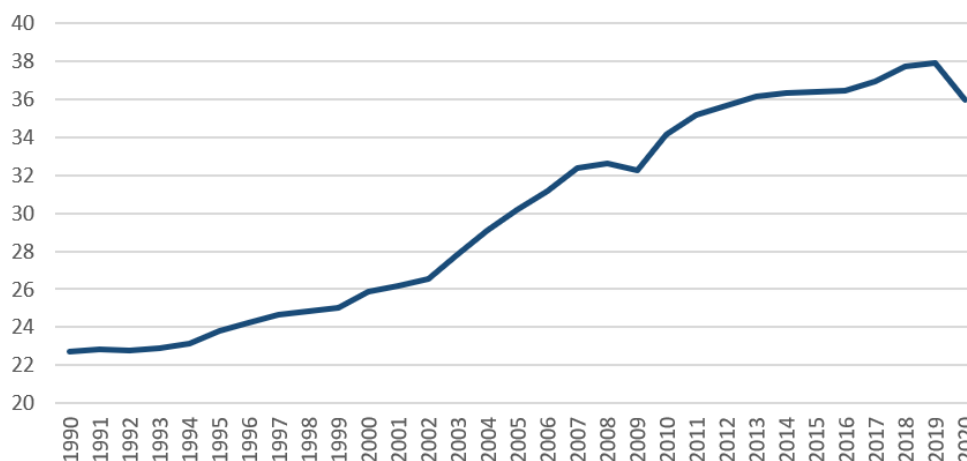
Der Gastgeber Vereinigtes Königreich hatte sich zum Ziel gesetzt, die 26. UN-Klimakonferenz zu einem Wendepunkt der internationalen Klimapolitik zu machen und vorab folgende vier Kernziele definiert:

1. Die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
2. Die Anpassung von Kommunen und natürlichen Lebensräumen an den Klimawandel zu unterstützen.
3. Neue Mittel für die Klimafinanzierung zu mobilisieren.
4. Das Klimaschutzengagement durch globale Zusammenarbeit zu beschleunigen.

1.1 Entwicklung der globalen Treibhausgasemissionen

In 2020 wurden weltweit rund 36 Gigatonnen (Gt) CO₂ emittiert. Damit lagen die globalen CO₂-Emissionen ca. 5,1 Prozent unter den Emissionen des Vorjahres und knapp unter dem Emissionslevel von 2013.

Abbildung 1

Entwicklung der globalen CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2020Emissionen in Gt CO₂

Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Die Corona-Pandemie nahm maßgeblichen Einfluss auf den Energieverbrauch in 2020 und damit auch auf die globalen energiebezogenen CO₂-Emissionen. Laut der Internationalen Energie-Agentur (IEA) lagen diese 2020 bei 31,5 Gt CO₂ und damit fast 2 Gt CO₂ bzw. 5,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Der Emissionsrückgang war vor allem auf verringerte Transportaktivitäten infolge der pandemiebedingten Reisebeschränkungen und Lockdown-Maßnahmen zurückzuführen. Im Energiesektor führte die Pandemie zu einer deutlich geringeren Stromnachfrage. Zugleich stieg der Anteil erneuerbarer Energien an der weltweiten Stromerzeugung von 27 auf 29 Prozent an.

Für 2021 prognostiziert die IEA einen Wiederanstieg der energiebedingten CO₂-Emissionen um 1,5 Gt CO₂ bzw. 5 Prozent auf 33 Gt CO₂. Als zentraler Treiber wird die steigende Nachfrage nach Kohle eingestuft.

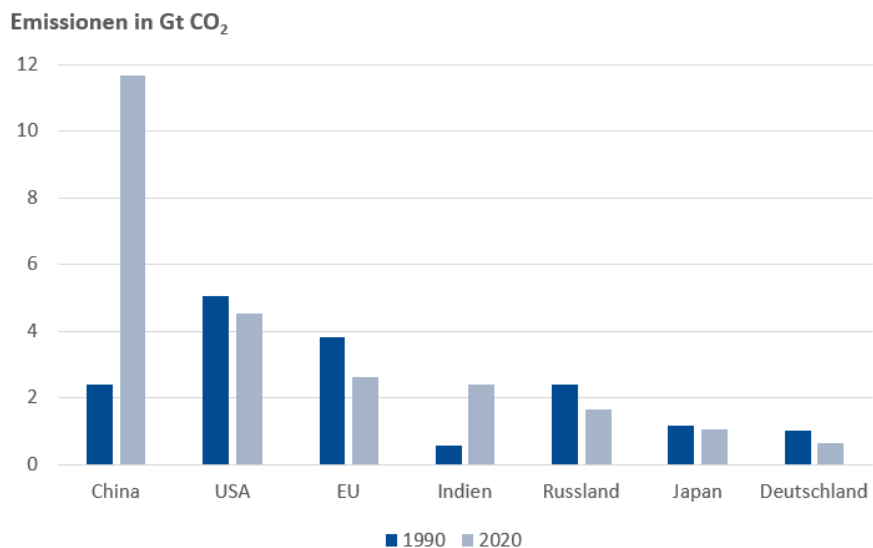
Die Weltwetterorganisation (World Meteorological Organization – WMO) hat mit ihrem Bericht *State of the Global Climate 2020* dargelegt, dass die Konzentration der Treibhausgase CO₂, CH₄ und N₂O in 2020 weiter angestiegen ist. Laut NOAA Research lag der durchschnittliche weltweite CO₂-Gehalt der Atmosphäre im Jahr 2020 bei 412,5 parts per million (ppm). Die WMO geht davon aus, dass die CO₂-Konzentration im Jahr 2021 auf 414 ppm steigen könnte.

Die sechs weltweit größten CO₂-Emittenten sind China, die USA, die EU, Indien, Russland und Japan (siehe Abbildung 2). Sie repräsentieren 49,5 Prozent der Weltbevölkerung, 61,8 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und 65,2 Prozent des globalen Verbrauchs fossiler Brennstoffe. 2020 waren sie für insgesamt 24 Gt CO₂ und damit für knapp zwei Drittel der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich.

Deutschland ist mit rund 636,9 Millionen t CO₂ der größte Emittent der EU und belegt Rang acht der weltweit größten CO₂-Emittenten.

Abbildung 2

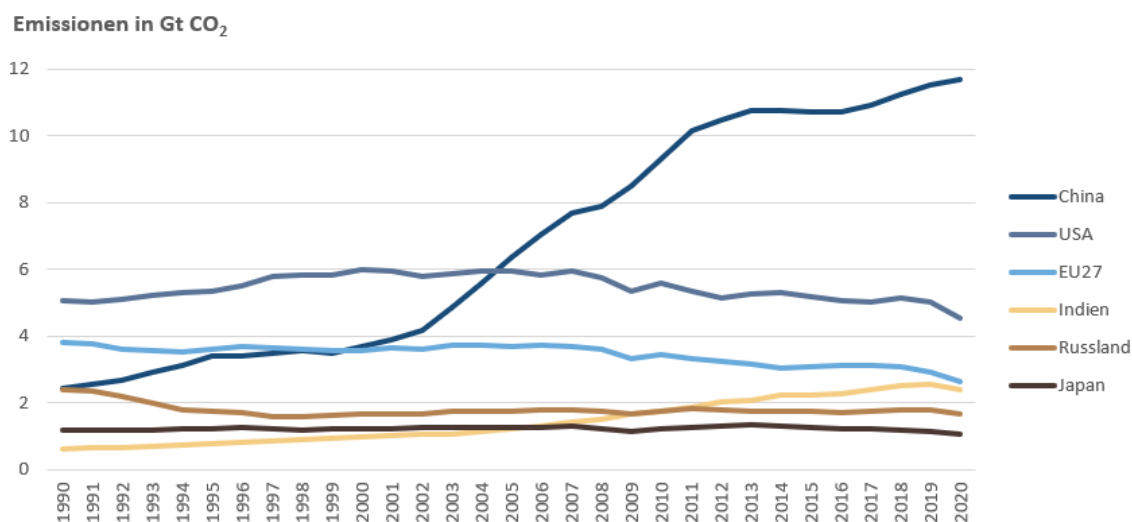
CO₂-Emissionen der größten Emittenten 1990 vs. 2020



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

China war 2020 die einzige große Wirtschaftsmacht, die trotz der Corona-Pandemie einen Anstieg der CO₂-Emissionen zu verzeichnen hatte (Anstieg um rund 1,5 Prozent gegenüber 1990). Die anderen fünf größten Emittenten verbuchten einen Emissionsrückgang in einer Spannbreite von 6 bis 11 Prozent.

Abbildung 3
Entwicklung der Emissionen der größten CO₂-Emittenten 1990 bis 2020



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

1.2 Lücke zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels

Im Vorfeld der 26. UN-Klimakonferenz wurden diverse Berichte und Studien veröffentlicht. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass die derzeitigen Klimaschutzbestrebungen der Staaten nicht ausreichen, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten und verdeutlichen, dass ein Handeln erforderlich ist.

Anfang August 2021 wurde der erste Teil des 6. Sachstandberichts des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) vorgelegt. Der Bericht zeigt erneut auf, dass der Klimawandel nachweislich auf den Menschen zurückzuführen ist. Die Veränderung des Klimas habe sich beschleunigt, vor allem die globale Erderwärmung: So warnt der IPCC, dass die 1,5-Grad-Marke in allen Emissionsszenarien bereits Anfang der 2030er-Jahre und damit zehn Jahre früher als bisher erwartet erreicht wird. Damit einhergehend würden Wetter- und Klimaextreme wie Hitzewellen, Starkniederschläge, Dürren und Wirbelstürme künftig noch intensiver und häufiger auftreten, so der Bericht. Um die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müssen die weltweiten CO₂-Emissionen laut IPCC ab sofort bis 2050 auf netto null sinken. Das verbleibende CO₂-Budget für die Einhaltung der 1,5-Grad-Marke mit 66-prozentiger Wahrscheinlichkeit beziffert der Weltklimarat auf 400 Gt CO₂. Auch die Emissionen anderer Treibhausgase wie z. B. Methan müssten deutlich verringert werden, so der IPCC.

Die Initiative Climate Action Tracker präsentierte im Mai 2021 den Bericht *Warming Projections Global Update*. Dieser beziffert die Emissionslücke für das Jahr 2030 zwischen dem

Einleitung

derzeitigen Klimaschutzengagement und dem 1,5-Grad-Zielpfad auf 20 bis 23 Gt CO₂-Äquivalente (CO₂e).

Das World Resources Institute (WRI) hob Mitte September 2021 mit dem Bericht *Closing the Gap* die Rolle der G20 für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels hervor. Würden sich alle G20-Staaten zu ambitionierten 2030-Zielen und einer Klimaneutralität bis 2050 bekennen, so könnte der Anstieg der globalen Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf 1,7 Grad Celsius begrenzt werden. Die derzeitigen Klimaziele der G20 würden zu einem Temperaturanstieg von 2,4 Grad Celsius führen, so der Bericht. Die G20 verantworten rund 75 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen.

2 Ergebnisse der 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow

Wirksamen und kosteneffizienten Klimaschutz jetzt umsetzen

Gleichwohl die Konferenz die an sie gerichteten hohen Erwartungen nicht erfüllen konnte, wurden auf einigen wichtigen Feldern Fortschritte erzielt.

So war der Gipfel von zahlreichen Initiativen geprägt, die ins Leben gerufen wurden. Ferner präsentierten einige Staaten neue Klimaziele und sagten neue Mittel für die Klimafinanzierung zu.

Darüber hinaus werden in der Abschlusserklärung, dem *Glasgow Climate Pact*, die Staaten erstmals aufgerufen, ihre Anstrengungen beim schrittweisen Ausstieg aus der Kohle und beim Abbau ineffizienter Subventionen für fossile Energien zu erhöhen. Die exakte Formulierung dieser Passage wurde kontrovers diskutiert und unter anderem auf Wunsch von Indien und China aufgeweicht. Ein konkretes Datum für den Kohleausstieg und den Subventionsabbau wird allerdings nicht genannt.

Die zentralen Ergebnisse werden nachfolgend beleuchtet.

2.1 Ambitionssteigerung beim Klimaschutz

Infolge der Corona-Pandemie wurde den Vertragsstaaten des Weltklimavertrags bis zur 26. UN-Klimakonferenz Zeit eingeräumt, ihre angepassten nationalen Klimapläne vorzulegen. Staaten, deren aktueller Klimabeitrag (Nationally Determined Contributions – NDCs) sich auf das Jahr 2025 beziehen, waren aufgefordert, neue NDC für 2030 einzureichen. Staaten mit NDC für das Jahr 2030 waren angehalten, ihre NDC zu aktualisieren. Bis zum Ende der Klimakonferenz am 13. November 2021 hatten 123 Staaten und die EU ihre aktualisierten NDCs eingereicht.

Ein stärkeres Klimaziel legten u. a. die EU, die USA, China, Japan, Kanada, Südafrika und das Vereinigte Königreich vor. Einige Staaten wie Australien, Russland, Brasilien, Neuseeland und Mexiko steigerten ihr Ambitionsniveau kaum oder gar nicht. Indien kündigte neue Klimaziele an, hat diese allerdings noch nicht formell eingereicht.

Die nationalen Klimabeiträge sind nur schwer vergleichbar, da verschiedene Basisjahre zugrunde gelegt werden. So bezieht beispielsweise die EU ihr Klimaziel auf das Basisjahr 1990. Die USA nutzen 2005 als Basisjahr, Japan das Jahr 2013.

Tabelle 1

Alte und neue NDCs der größten Treibhausgasemittenten im Vergleich

	Alte NDC	Neue NDC	Basisjahr	
EU	Emissionsminderung -40 % bis 2030	Emissionsminderung -55 % bis 2030	1990	↑
USA	Emissionsminderung -26 bis -28 % bis 2025	Emissionsminderung -50 bis -52 % bis 2030	2005	↑
China	Peak Emissionen 2030 Senkung Emissionen je BIP-Einheit um 60 bis 65 % bis 2030	Peak Emissionen vor 2030 Senkung Emissionen je BIP-Einheit um 65 % bis 2030	2005	→
Indien	Senkung Emissionsintensität -33 bis -35 % bis 2030	Senkung Emissionsintensität 45 % bis 2030 (angekündigt)	2005	↑
Russland	Emissionsminderung -25 bis -30 % bis 2030	Emissionsminderung -30 % bis 2030	1990	→
Japan	Emissionsminderung -26 % bis 2030	Emissionsminderung -46 % bis 2030	2013	↑



Ambitionssteigerung



Keine / minimale Ambitionssteigerung

Während des Klimagipfels veröffentlichte das UN-Klimasekretariat einen Bericht, nach dem die aktuellen NDCs der Staaten bis 2030 zu einem Anstieg der globalen Emissionen in Höhe von 14 Prozent gegenüber 2010 führen. Damit reichen sie nicht aus, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Vor diesem Hintergrund wurde in Glasgow eine Nachbesserung der 2030-Ziele bis Ende 2022 beschlossen. Ursprünglich hätten erst 2025 neue nationale Klimaziele präsentiert werden müssen. Zudem soll künftig jährlich überprüft werden, inwieweit die NDCs der Staatengemeinschaft zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels beitragen.

Die erste umfassende *globale Bestandsaufnahme* steht 2023 an. In deren Rahmen werden alle fünf Jahre die Fortschritte der Staaten in puncto Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel sowie Klimafinanzierung bewertet. Zwei Jahre später in 2025 sind die Staaten erneut aufgefordert, aktualisierte Klimaschutzbeiträge vorzulegen, die noch ehrgeiziger sein müssen als die vorangegangenen NDCs. In Glasgow wurde beschlossen, dass sich diese auf das Jahr 2035 beziehen sollen.

2.2 Engagement der größten Emittenten

China, die USA, die EU und Indien sind die vier weltweit größten Emittenten. Im Jahr 2020 waren sie für knapp 60 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Deren Klimaschutzengagement wirkt sich folglich maßgeblich auf den globalen Klimaschutz aus. Gehen diese Akteure mit ambitionierten Klimazielen voran, so kann dies auch andere Staaten motivieren, angemessene Klimabeiträge festzusetzen. Vor allem Indien kann als Vorbild für Entwicklungsländer fungieren.

Die USA und China kündigten in Glasgow überraschend an, bei der Senkung der Treibhausgasemissionen in den 2020er Jahren zu kooperieren. Die beiden Staaten bekannten sich mitunter dazu, ambitionierte Maßnahmen zu ergreifen und gegebenenfalls auch ihre 2030- und langfristigen Klimaziele anzupassen. Konkrete neue Minderungsziele und Details zu den anvisierten Maßnahmen sind in der Erklärung nicht enthalten.

2.2.1 China

Chinas Präsident Xi Jinping legte kurz vor dem Start des Klimagipfel den neuen Klimabeitrag Chinas vor, der das Ambitionsniveau der vorherigen Ziele etwas steigert: Noch vor 2030 sollen die CO₂-Emissionen Chinas ihren Peak erreichen. Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen pro BIP-Einheit um über 65 Prozent gegenüber 2005 sinken. Zudem möchte das Land noch vor 2060 CO₂-Neutralität erreichen. Des Weiteren soll bis 2030 der Anteil nicht-fossiler Brennstoffe am Primärenergieverbrauch auf 25 Prozent steigen und die installierte Kapazität an Wind- und Solarenergie auf mehr als 1.200 Gigawatt erhöht werden.

Aktuell basiert die Stromerzeugung Chinas zu 60 Prozent auf Kohle. Rund die Hälfte der weltweiten Förderung und des weltweiten Verbrauchs von Kohle sind China zuzuordnen. Im April 2021 gab Jinping bekannt, dass China zwischen 2021 und 2025 den Anstieg des Kohleverbrauchs begrenzen würde. Ein schrittweiser Kohleausstieg ist erst ab 2026 geplant. Im September 2021 kündigte Jinping an, Entwicklungsländer bei der Entwicklung grüner und CO₂-armer Energietechnologien künftig stärker zu unterstützen und keine neuen Kohlekraftwerke im Ausland mehr zu errichten.

Als zentrales Klimaschutzinstrument hat der chinesische Emissionshandel Mitte Juli 2021 seinen Betrieb aufgenommen. Zum Handelsauftakt lag der Zertifikatspreis bei 48 Yuan (ca. 6,30 Euro) pro t CO₂ und damit deutlich unter dem Preisniveau des europäischen Emissionshandels (ca. 60 Euro pro t CO₂). Das chinesische Handelssystem erfasst rund 2.200 Energieunternehmen, die mehr als vier Milliarden CO₂ emittieren (= rund 35 Prozent der CO₂-Emissionen Chinas). Das System soll künftig auf weitere Sektoren wie die Chemie-, Papier- oder Stahlindustrie ausgeweitet werden.

2.2.2 USA

Mit dem neuen US-Präsidenten Joseph Biden hat die US-Klimapolitik eine Kehrtwende erfahren. Unmittelbar nach seinem Amtseintritt verkündete Biden den Wiedereintritt der USA in den Weltklimavertrag. John Kerry wurde als Sonderbeauftragter für Klimaschutz berufen und ein umfassendes Klimapaket angestoßen.

Ende April 2021 präsentierte Biden den neuen Klimabeitrag der USA unter dem Weltklimavertrag: Danach sollen die Emissionen der Vereinigten Staaten bis 2030 um 50 bis 52 Prozent gegenüber 2005 sinken. Bis 2050 wird Klimaneutralität angestrebt. Darüber hinaus soll die Stromerzeugung bis 2035 zu 100 Prozent CO₂-frei sein.

Zeitgleich legte Biden einen *International Climate Finance Plan* vor. In diesem wurde eine Verdopplung der jährlichen Mittel für die internationale Klimafinanzierung auf rund 5,7 Milliarden US-Dollar pro Jahr angekündigt. Im September 2021 sagte Biden eine weitere Verdopplung der Mittel bis 2024 auf 11,4 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu.

Im Juli 2021 wurde seitens der US-Demokraten ein Vorschlag für die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichs präsentiert. Danach soll ab 2024 eine Steuer auf Importprodukte wie z. B. Aluminium, Zement, Eisen, Stahl, Erdgas, Öl und Kohle erhoben werden. Die Höhe der Steuer soll sich an den Kosten bemessen, die US-Unternehmen durch Umweltregularien tragen müssen. Der Vorschlag weist eine große Ähnlichkeit mit dem Konzept des europäischen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus auf (siehe Abschnitt 2.3.3).

2.2.3 EU

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich bereits Ende 2020 auf eine Verschärfung des 2030-Klimaziels der EU geeinigt: Bis 2030 sollen die Emissionen der EU um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 sinken. Klimaneutralität wird bis 2050 angestrebt. Die aktualisierte NDC der EU wurde am 17. Dezember 2021 beim UN-Klimasekretariat eingereicht.

Im Juli 2021 hat die EU-Kommission ein umfassendes Klimapaket – das *Fit-for-55-Paket* – verabschiedet, das auf die Erfüllung des neuen 2030-Ziels hinwirken soll. Es sieht u. a. Verschärfungen im EU-Emissionshandel (EU-ETS) und ein separates Emissionshandelsystem für die Sektoren Gebäude und Straßenverkehr vor.

Gegenstand des Pakets ist darüber hinaus ein Vorschlag für die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM). Dieser zielt darauf ab, die Verlagerung von CO₂-Emissionen in Nicht-EU-Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen zu vermeiden. Importeure bestimmter Produkte sollen für die Emissionen, die bei deren Herstellung anfallen, CO₂-Zertifikate erwerben. Deren Preis soll sich an den Zertifikatspreisen im EU-ETS bemessen. Der CBAM soll zunächst nur für Importprodukte aus den Sektoren Zement, Strom, Düngemittel, Eisen und Stahl sowie

Aluminium greifen. Für diese Sektoren soll das Instrument schrittweise die im Rahmen des EU-ETS gewährte kostenfreie Zuteilung ersetzen.

2.2.4 Indien

Indien ist der weltweit viertgrößte CO₂-Emittent. Die Pro-Kopf-Emissionen des Landes liegen mit rund 1,7 t CO₂ jedoch deutlich unter dem globalen Durchschnitt (4,6 t CO₂ pro Kopf). Das Land wurde besonders schwer durch den Corona-Virus getroffen und verzeichnete infolge der Pandemie in 2020 erstmals seit Jahrzehnten einen Emissionsrückgang (Verringerung um 5,9 Prozent gegenüber 2019).

In Glasgow gab Indien bekannt, dass es bis 2070 Klimaneutralität erreichen möchte. Die Emissionen pro BIP-Einheit sollen bis 2030 um 45 Prozent gegenüber 2005 sinken. Zudem sollen bis 2030 50 Prozents des Energiebedarfs aus Erneuerbaren Energien gespeist werden. Ferner wird bis 2030 eine Ausweitung der nicht-fossilen Energieerzeugungskapazitäten auf 500 Gigawatt anvisiert. Der neue Klimabeitrag wurde noch nicht formell an das UN-Klimasekretariat übermittelt.

Zugleich setzt das Land jedoch weiter auf die Ausweitung seiner Kohlekapazitäten, um den steigenden Energiebedarf zu decken. Laut IEA könnten die Kapazitäten der indischen Kohlekraftwerke bis 2030 auf 269 GW steigen (Status Quo 2019: 235 GW). Aktuell werden in Indien rund 70 Prozent des Stroms mit Kohle erzeugt.

2.3 Ausarbeitung Artikel 6 des Weltklimavertrags

Artikel 6 des Weltklimavertrages sieht vor, dass Staaten bei der Umsetzung ihrer Klimaziele mit anderen Staaten auf freiwilliger Basis kooperieren können. Vorgesehen ist unter anderem ein internationaler Marktmechanismus, der zu einer allgemeinen Minderung der globalen Treibhausgasemissionen und gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen soll (Artikel 6.4).

In Glasgow gelang es, einen Standard für die Anwendung des marktbasierten Mechanismus zu verabschieden. Das Instrument soll ermöglichen, dass Staaten Emissionsminderungen, die in einem anderen Land realisiert werden, in ihrem eigenen Klimaziel berücksichtigen dürfen. Beispielsweise kann ein Staat in ein Solarkraftwerk im Ausland investieren, wodurch dort weniger fossile Brennstoffe eingesetzt werden. Die vermiedene Menge an Emissionen soll der Investorstaat auf sein eigenes Klimaziel anrechnen können.

Der Mechanismus bietet die Möglichkeit, Klimaschutztechnologien in Länder zu transferieren, denen es an technischem Know-how und eigenen Finanzmitteln mangelt. Den investierenden Staaten ermöglicht er, Emissionen dort einzusparen, wo dies am kostengünstigsten erreicht werden kann. Hierdurch können Anreize für ambitioniertere Klimaziele geschaffen werden.

Der in Glasgow geschaffene Standard schließt eine doppelte Anrechnung der Emissionen aus. *Corresponding adjustments* sollen regeln, dass nur das Land, das die entsprechenden Emissionsminderungszertifikate erwirbt, diese auf seine Treibhausgasbilanz anrechnen darf. Das Gastland hingegen darf die Emissionsreduktion nicht in seiner Emissionsbilanz berücksichtigen.

Zudem wird sichergestellt, dass der internationale Marktmechanismus zu einer tatsächlichen Minderung der globalen Emissionen führt. Dies bedeutet, dass eine zusätzliche Emissionsreduktion erfolgt, die ohne den Mechanismus nicht erfolgt wäre. Zu diesem Zweck wurde in Glasgow beschlossen, dass zwei Prozent der erzeugten Zertifikate gelöscht werden, sodass der Empfängerstaat lediglich 98 Prozent der erzielten Minderung anrechnen kann. Außerdem wurde festgesetzt, dass fünf Prozent der Erlöse aus den Zertifikaten in den Anpassungsfonds fließen sollen.

Zertifikate, die ab 2013 unter dem Clean Development Mechanism des Kyoto-Protokoll generiert wurden, dürfen unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen des neuen Mechanismus weiter verwendet werden. Das gleiche gilt für Zertifikate aus bereits unter dem Kyoto-Protokoll registrierten Projekten.

Der Standard ist auch für den freiwilligen Markt für die Treibhausgaskompensation und für die Wirtschaft von großer Bedeutung: Artikel 6.4 des Weltklimavertrags zielt explizit darauf ab, auch private Unternehmen bei der Treibhausgasreduktion zu beteiligen. Die Zertifikate, die unter dem neuen Marktmechanismus generiert werden, sollen folglich auch auf dem freiwilligen Markt für die Kompensation gehandelt werden können. Infolge der ausstehenden Regeln für den Marktmechanismus bestand bis dato auf dem freiwilligen Markt eine große Unsicherheit, welche Klimaschutzzertifikate glaubhaft für Kompensationszwecke genutzt werden können.

Der freiwillige Markt kann die Wirtschaft auf dem Zielpfad zur Klimaneutralität maßgeblich unterstützen. Er bietet Unternehmen die Möglichkeit, Minderungszertifikate zu erwerben und zur Kompensation von Emissionen zu verwenden. Hierdurch können Emissionen adressiert werden, die auf andere Weise nur schwer oder gar nicht verringert werden können. Hierzu zählen beispielsweise prozessbedingte Emissionen, die bei der Produktion von Kalk oder Zement entstehen.

2.4 Konkretisierung der Transparenzregeln

Bei der 24. UN-Klimakonferenz in Kattowitz wurde ein Transparenzrahmen beschlossen, der vorgibt, wie die Staaten über ihre Emissionen und ihre Fortschritte bei der Erfüllung ihrer Klimabeiträge berichten sollen. In Glasgow gelang es, die Transparenzregeln um klare Vorgaben zu den Berichtsformaten und Berichtstabellen zu ergänzen. Die Fortschrittsberichte müssen alle zwei Jahre vorgelegt werden.

2.5 Weitere Zusagen für die Klimafinanzierung

Die Staatengemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und Klimaanpassung zu mobilisieren. Nach einem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wurden von den Industriestaaten im Jahr 2019 rund 79,6 Milliarden US-Dollar für die Klimafinanzierung bereitgestellt. Folglich besteht eine Lücke von rund 20 Milliarden US-Dollar zum 100 Milliarden US-Dollar-Ziel für 2020. Kurz vor der Klimakonferenz in Glasgow wurde von der Präsidentschaft der UN-Klimakonferenz der *Climate Finance Delivery Plan* präsentiert. Dieser bestätigte, dass die 100-Milliarden US-Dollar-Zielmarke voraussichtlich erst 2023 erreicht wird.

Nach dem OECD-Bericht flossen von den 2019 mobilisierten Geldern rund 64 Prozent in Klimaschutzprojekte, 25 Prozent in Klimaanpassungsprojekte und rund elf Prozent in übergreifende Projekte. Um dieses Ungleichgewicht zu adressieren, wurden die Geberländer in Glasgow aufgefordert, bis 2025 die Finanzierungsmittel für die Klimaanpassung gegenüber 2019 zu verdoppeln.

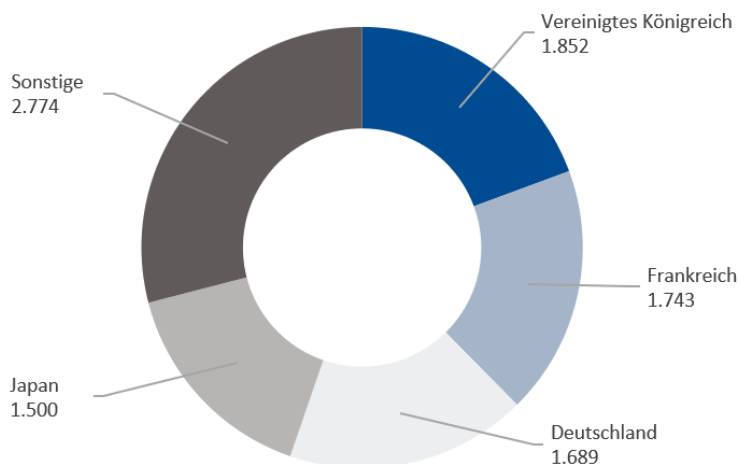
Bereits während des Gipfeltreffens sagten einige Staaten, darunter auch Deutschland, zusätzliche Mittel für die Klimafinanzierung zu.

Als zentrales Werkzeug für die internationale Klimafinanzierung fungiert der Green Climate Fund (GCF). Die Mittel des Fonds fließen jeweils zur Hälfte in Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Bis dato wurden 190 Projekte mit einem Volumen von rund zehn Milliarden US-Dollar bewilligt. In 2019 startete die erste Runde zur Wiederauffüllung des Fonds. Bis dato wurden rund zehn Milliarden US-Dollar zugesagt. Deutschland zählt mit Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Japan zu den größten Geberländern. In Glasgow kündigten unter anderem Frankreich und Irland an, ihren jährlichen Beitrag zum GCF auf 1,35 Mrd. bzw. 225 Mio. Euro bis 2025 zu verdoppeln.

Abbildung 4

Die größten Geberländer für die Wiederauffüllung des Green Climate Fund

Zusage in Mio. US-Dollar

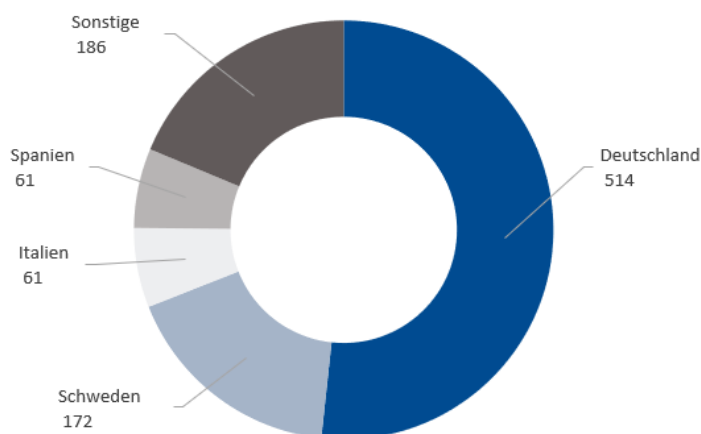


Quelle: Eigene Darstellung gemäß Angaben des Green Climate Fund (Stand 30. September 2021)

Der Anpassungsfonds zielt darauf ab, Projekte in Entwicklungsländern zu finanzieren, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind. Seit 2010 wurden aus dem Fonds rund 850 Millionen US-Dollar für 123 Anpassungsprojekte bereitgestellt. Der Fonds wurde bisher mit Verkaufserlösen von Zertifikaten aus dem Clean Development Mechanism (CDM) unter dem Kyoto-Protokoll und mit freiwilligen Spenden gespeist. Bis dato wurden rund 1,2 Milliarden US-Dollar in den Fonds eingezahlt. In Glasgow wurden mehr als 350 Millionen US-Dollar für den Fonds zugesagt, davon rund 116 Millionen US-Dollar von der EU und rund 58 Millionen US-Dollar von Deutschland. Die USA (rund 50 Millionen US-Dollar), Kanada (rund 8 Millionen US-Dollar) und Qatar (500.000 US-Dollar) kündigten erstmalig einen Beitrag für den Fonds an. Deutschland ist mit rund 514 Millionen US-Dollar der bisher größte Unterstützer.

Abbildung 5
Die größten Geberländer des Anpassungsfonds

Zusage in Mio. US-Dollar



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Angaben der Weltbank (Stand: 14. November 2021)

Auch für den *Least Developed Country Fund* wurden neue Finanzmittel in Höhe von mehr als 413 Millionen US-Dollar zugesagt, davon 115 Millionen US-Dollar von Deutschland.

Die Klimafinanzierungsversprechen sind ausschlaggebend für das Ambitionslevel der Klimaschutzbeiträge der ärmeren Entwicklungsländer. Diese unterscheiden in ihren NDCs meist zwischen den Klimazielen, die mit eigenen Mitteln erreichbar sind, und den Klimabeiträgen, die sie nur realisieren können, wenn sie eine externe finanzielle Unterstützung erhalten.

2.6 Lösungen für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten

Der 2013 geschaffene *Warschau-Mechanismus* zielt darauf ab, besonders vulnerable Staaten beim Umgang mit Schäden und Verlusten (*Loss and Damage*) infolge des Klimawandels zu unterstützen, beispielsweise durch die Bereitstellung von finanziellen Hilfen.

In Glasgow sollte die Zukunft des Instruments weiter diskutiert werden. Vor allem Entwicklungsländer forderten einen eigenständigen Fonds, der Mittel für die Bewältigung von *Loss and Damage* bereitstellt. Letztendlich wurde in Glasgow nur festgelegt, dass das *Santiago Netzwerk für Schäden und Verluste* Gelder für die technische Unterstützung bei klimawandelbedingten Schäden und Verlusten erhalten soll.

In der Abschlusserklärung des Klimagipfels werden die Industriestaaten gebeten, zusätzliche Unterstützung für den Umgang mit *Loss and Damage* zu leisten. Neue Finanzierungsmittel wurden in Glasgow lediglich von Deutschland, Schottland und Wallonien

angekündigt. Deutschland sagte bereits im Januar 2021 beim Globalen Anpassungsgipfel 220 Millionen Euro für den Ausbau von Klimaversicherungen und die Unterstützung der am wenigsten entwickelten Ländern bei der Klimaanpassung zu. In Glasgow gab Deutschland bekannt, weitere 10 Millionen Euro für das *Santiago Netzwerk für Schäden und Verluste* bereitzustellen.

Bei der UN-Klimakonferenz im kommenden Jahr sollen die Verhandlungen zum Thema *Loss and Damage* fortgeführt werden.

2.7 Initiativen





Im Rahmen des Gipfels wurde zahlreiche neue Initiativen lanciert:

- *Global Coal to Clean Power Transition Statement:*
 Verpflichtung zum Kohleausstieg (große Volkswirtschaften in den 2030er-Jahren, auf globaler Ebene in den 2040er-Jahren) und zur Beendigung von Investitionen in neue Kohlekraftwerke, unterzeichnet von mehr als 70 Staaten und Organisationen, darunter Deutschland, Südkorea, Indonesien, Vietnam, Ukraine und Polen.
- *Statement on International Public Support for the Clean Energy Transition:*
 Bekenntnis zum Ausstieg aus der internationalen Finanzierung fossiler Energieträger bis Ende 2022. Beteiligung von 39 Staaten und Finanzinstitutionen darunter u. a. Deutschland, Kanada, USA und Italien.
- *Just Energy Transition Partnership:*
 Partnerschaft zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, EU und USA zur Unterstützung Südafrikas bei sozial gerechtem Kohleausstieg. Bereitstellung von 8,5 Milliarden US-Dollar in den ersten fünf Jahren.
- *Glasgow Leaders' Declaration on Forests and Land Use:*
 Bekenntnis von mehr als 130 Staaten (u. a. Deutschland und EU, Kanada, China und Russland), die Zerstörung von Wäldern bis 2030 zu beenden.
- *Glasgow Breakthrough Agenda:*
 Initiative zur Stärkung der Zusammenarbeit von Ländern und Unternehmen bei der Entwicklung und dem Ausbau sauberer Technologien bis 2030. Fokus auf die Sektoren Energie, Straßenverkehr, Wasserstoff, Stahl und Landwirtschaft. Beteiligung von mehr als 40 Staaten, darunter Deutschland, die EU, Indien und USA.
- *Joint Statement des Zero Emission Vehicle Transition Council:*
 Verpflichtung, in den führenden Märkten ab 2035 und weltweit ab 2040 keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen, u. a. unterzeichnet von 34 Staaten, darunter Kanada, Indien und Mexiko sowie elf Automobilkonzernen, kein Beitritt Deutschlands

Auch die bereits bestehende *Powering Past Coal Alliance*, die auf einen Kohleausstieg möglichst bis 2030 abzielt, verzeichnete einen Zuwachs um mehr als 25 neue Mitglieder. Der *Global Methane Pledge* schlossen sich mehr als 100 Staaten an.

2.8 Position der vbw

Die Forderungen der vbw an die 26. UN-Klimakonferenz wurden teilweise erfüllt:

	Forderung	Ergebnis
1	Es muss eine Einigung zur Ausgestaltung des internationalen Marktmechanismus erzielt werden. Eine doppelte Anrechnung von Emissionsminderungen gilt es auszuschließen.	
2	Alle Staaten, vor allem die weltweit größten Emittenten, müssen anspruchsvolle und angemessene Klimaziele vorlegen.	
3	Die Transparenzregeln müssen final verabschiedet werden, damit die nationalen Klimabeiträge miteinander verglichen und einheitlich überprüft und bewertet werden können.	
4	Alle Staaten müssen einen fairen Beitrag zur Klimafinanzierung leisten, damit das 100 Mrd.-US-Dollar-Ziel erreicht wird.	



Forderung erfüllt



Forderung teilweise erfüllt



Forderung nicht erfüllt

Mit der finalen Verabschiedung des Regelwerks zum Weltklimavertrag ist ein wichtiger Schritt getan: Vor allem die Finalisierung der Regeln für den internationalen Marktmechanismus ist zu begrüßen. Dieser ist der Schlüssel für eine kosteneffiziente Erschließung vom Emissionsminderungspotentialen und den Transfer von Klimaschutztechnologien in ärmere Länder. Zudem schafft er Klarheit für den freiwilligen Markt für die Kompensation und damit auch für die unternehmerische Praxis beim Ausgleich von Emissionen. Nun müssen rasch die technischen Feinheiten für die Anwendung des Marktmechanismus ausgearbeitet werden, damit dieser möglichst schnell operationalisiert werden kann.

Der beschlossene Transparenzrahmen schafft die Basis für ein effektives und transparentes Monitoring der Klimaschutzfortschritte.

Deutschland zählt zu den größten Geberländern bei der Klimafinanzierung. Um die Lücke zum 100-Milliarden-US-Dollar-Ziel möglichst rasch zu schließen, müssen alle Staaten Finanzmittel in angemessener Höhe bereitstellen. Auch Schwellenländer und der Privatsektor müssen einen fairen Beitrag leisten. Vor allem die Mittel für Anpassungsmaßnahmen müssen angehoben werden. Zudem müssen auch andere Industriestaaten Gelder für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten bereitstellen.

Effektiver Klimaschutz kann nur erreicht werden, wenn alle Staaten an einem Strang ziehen, das heißt, anspruchsvolle und Paris-konforme Klimaziele verfolgen und diese letztlich auch umsetzen. Vor allem die weltweit größten Emittenten müssen hier vorangehen. Die Kooperation zwischen den USA und China ist zu begrüßen. Beide Akteure müssen nun Ernst machen, ihre Ankündigungen glaubhaft umsetzen und konkrete Maßnahmen präsentieren: China muss sein 2030-Ziel nachschärfen. In den USA gilt es die Umsetzung der Klimaziele zu sichern.

Die EU hat mit ihrem neuen 2030-Klimaziel und dem Fit-for-55-Paket bereits einen ehrgeizigen Klimabeitrag präsentiert. Bei der weiteren Aushandlung des Pakets darf die Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit der geplanten Maßnahmen, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht aus den Augen verloren werden. Der Fahrplan der EU wird seiner Vorreiterrolle nur dann gerecht, wenn er es schafft, Klimaschutz und eine starke wettbewerbsfähige Wirtschaft miteinander zu vereinen.

Unternehmen brauchen verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen, damit sie die Transformation in Richtung Netto Null-Emissionen bewältigen und zugleich eine globale Führungsrolle bei Klimaschutz- und Energietechnologien einnehmen können. Hierzu zählen industriefreundliche Strompreise, ein starkes Innovationsumfeld und vor allem ein wirksamer und verlässlicher Carbon-Leakage-Schutz. Der anvisierte CO₂-Grenzausgleich ist abzulehnen. Dieser birgt handelspolitische Risiken und stellt keine Alternative zu den bisherigen erprobten Instrumenten für den Carbon-Leakage-Schutz dar.

Um Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen und ein globales Level-Playing-Field zu etablieren, sollte die EU auf internationale Kooperation setzen. Langfristiges Ziel muss ein einheitlicher globaler CO₂-Preis sein. Die Gründung eines internationalen Klimaclubs könnte hierfür die Basis schaffen. Wichtige Player wie die USA und China und weitere G20-Staaten müssten von Beginn an eingeschlossen werden. Der Club sollte kontinuierlich um weitere Partner erweitert werden.

3 Ausblick

Weitere Ambitionssteigerung im Fokus

Die nächste UN-Klimakonferenz findet vom 07. bis 18. November 2022 in Sharm El Sheikh, Ägypten, statt. Zu den Kernzielen des Gipfels wird erneut zählen, die Staaten auf Zielkurs in Richtung 1,5-Grad-Ziel zu bringen.

Zudem steht die Ausarbeitung der technischen Feinheiten für die Anwendung des Marktmechanismus an. Auch beim Thema *Loss and Damage* und bei der internationalen Klimafinanzierung gilt es Fortschritte zu erzielen. Ferner muss die Ausgestaltung des Klimafinanzierungsziels für die Zeit ab 2025 vorangebracht werden. Des Weiteren soll in den kommenden zwei Jahren ein globales Anpassungsziel verhandelt werden.

3.1 Nächste Sitzungsunden

Bis zur nächsten UN-Klimakonferenz Ende 2022 stehen wieder diverse unterjährige Verhandlungsrunden an.

Für Mai 2022 ist der jährliche Petersberger Klimadialog angesetzt. Diesen wird Deutschland gemeinsam mit Ägypten ausrichten. Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat bereits angekündigt, im Rahmen des Treffens dem Thema *Loss and Damage* eine wichtige Rolle zuzuschreiben.

Kurz darauf werden vom 06. bis 16. Juni 2022 die Zwischenverhandlungen in Bonn stattfinden, deren Fokus in der Regel auf technischen Fragestellungen liegt.

Wichtige Impulse gehen jeweils auch von den Gipfeltreffen der G7- und G20-Staaten aus. Deutschland wird 2022 die Präsidentschaft der G7 übernehmen und Indonesien die Präsidentschaft der G20.

3.2 Überprüfung des 2020-Klimafinanzierungsziels

In 2022 werden die offiziellen Zahlen für die im Jahr 2020 geleisteten Mittel für die Klimafinanzierung vorliegen, dem Zieljahr für das 100 Milliarden US-Dollar-Ziel. Es bleibt abzuwarten, ob die derzeit bestehende Lücke gefüllt werden kann. Die Daten für 2020 sollen umfangreich analysiert werden, mitunter zu den Folgen der Corona-Pandemie für die Klimafinanzierung. Aus der Untersuchung sollen wichtige Schlüsse für die Klimafinanzierung ab 2025 gezogen werden.

3.3 Globale Bestandsaufnahme 2023

In 2023 findet die erste globale Bestandsaufnahme statt. Diese ist auch für die Ausrichtung der EU-Klimapolitik von Bedeutung: So sieht das EU-Klimagesetz vor, dass die Klimaschutzfortschritte der EU parallel zur globalen Bestandsaufnahme im Fünf-Jahres-Rhythmus überprüft werden. Sofern die Aktivitäten der EU und ihrer Mitgliedstaaten nicht in Einklang mit dem anvisierten Klimazielpfad stehen, können neue Maßnahmen initiiert werden. Hierbei sollen auch die internationalen Entwicklungen und Fortschritte in puncto Klimaschutz berücksichtigt werden. Zudem soll innerhalb von sechs Monaten nach der ersten globalen Bestandsaufnahme das Zwischenklimaziel der EU für das Jahr 2040 festgelegt werden.

Literaturverzeichnis

Allianz für Entwicklung und Klima / GIZ (2021):

Leitfaden: Vermeidung von Doppelzählung und Unterstützung der Gaststaaten im freiwilligen Markt. Bonn / Eschborn: Allianz für Entwicklung und Klima / Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

BMU (2021):

Petersberger Klimadialog: Ministerinnen und Minister wollen Weltklimakonferenz in Glasgow zu Erfolg führen. Pressemitteilung Nr. 095/21. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

BMU (2021):

Die britische Präsidentschaft der COP 26 stellt Climate Finance Delivery Plan vor. 25. Oktober 2021. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

BMU (2021):

Deutschland unterstützt Südafrika beim Kohleausstieg. Pressemitteilung Nr. 266/21. 02. November 2021. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

BMU (2021):

Deutschland unterstützt Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel mit weiteren 150 Millionen Euro. Pressedienst Nr. 272/21. Berlin, 08. November 2021. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

BMU (2021):

COP 26 beschließt hohe Standards für weltweiten Handel mit Treibhausgas-Minderungen. Pressemitteilung Nr. 277/21, Berlin, 14. November 2021. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

BMU (2021):

26. Weltklimakonferenz: Fossiles Zeitalter geht zu Ende. Pressemitteilung Nr. 276/21, Berlin, 13. November 2021. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

BMZ (2021):

Globaler Anpassungsgipfel Deutschland verstärkt Engagement für Anpassung an den Klimawandel in besonders betroffenen Ländern. Pressemitteilung vom 25. Januar 2021. Berlin: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Climate Analytics / NewClimate Institute (2021):

Climate Action Tracker. Warming Projections Global Update. May 2021. Köln / Berlin: Climate Analytics / NewClimate Institute

Climate Analytics / NewClimate Institute (2021):

CAT Climate Target Update Tracker. Köln / Berlin: Climate Analytics / NewClimate Institute. Verfügbar unter: <https://climateactiontracker.org/climate-target-update-tracker/>

Climate Analytics / WRI (2021):

Closing the Gap: The Impact of G20 Climate Commitments on Limiting Global Temperature Rise to 1.5°C. Köln / Washington: Climate Analytics / World Resources Institute (WRI)

Crippa, M., Guizzardi, D., Solazzo, E., Muntean, M., Schaaf, E., Monforti-Ferrario, F., Banja, M., Olivier, J.G.J., Grassi, G., Rossi, S., Vignati, E.

GHG emissions of all world countries – 2021 Report. EUR 30831 EN. Luxemburg: Publications Office of the European Union

Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle (2021):

Sechster IPCC-Sachstandsbericht (AR6). Beitrag von Arbeitsgruppe I: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Hauptaussagen. Bonn: Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle

EU-KOM (2021):

EU und USA wollen Methanemissionen reduzieren. Pressemitteilung IP/21/4785 vom 18. September 2021. Brüssel: Europäische Kommission (EU-KOM)

EU-KOM (2021):

COP26: European Commission announces €1 billion pledge to protect world forests. Brüssel: EU-Kommission (EU-KOM)

EU-KOM (2021):

EU auf der COP26: Die Kommission sagt 100 Mio. EUR für den Anpassungsfonds zu. Brüssel: EU-Kommission (EU-KOM)

Europäischer Rat (2021):

2021 G7 Leaders' communiqué: Our shared agenda for global action to build back better. Pressemitteilung 484/21 vom 13. Juni 2021. Brüssel: Europäischer Rat

Germanwatch e. V. (2021):

USA und Großbritannien setzen Aufbruchssignal für deutlich verbesserte Klimaschutzziele. Bonn: Germanwatch e. V.

GCF (2021):

Status of Pledges (IRM and GCF-1). Status Date: 30 September 2021. Incheon: Green Climate Fund (GCF)

Government of Canada (2021):

Canada's international climate finance.

Verfügbar unter: <https://www.canada.ca/en/services/environment/weather/climatechange/canada-international-action/climate-finance.html>

Government of India (2016):

INDIA'S INTENDED NATIONALLY DETERMINED CONTRIBUTION :WORKING TOWARDS CLIMATE JUSTICE.

GOV.UK (2021)

COP26 declaration on accelerating the transition to 100% zero emission cars and vans. Policy paper. Published 10 November 2021

Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (2021):

Bidens Gipfel bringt Ambitionsschub aber keine US-Vorreiterrolle im internationalen Klimaprozess. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2021/04/29/bidens-klimagipfel-bringt-ambitionsschub-aber-keine-us-vorreiterrolle>

Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (2021):

G7-Gipfel: Deutschland sagt Steigerung der Klimafinanzierung zu. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Verfügbar unter: <https://www.deutschemklimafinanzierung.de/blog/2021/06/g7-gipfel-deutschland-sagt-steigerung-der-klimafinanzierung-zu/>

IEA (2020):

India 2020. Executive Summary. Paris: International Energy Agency
Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/india-2020>

IEA (2021):

Global Energy Review: CO2 Emissions in 2020. Understanding the impacts of Covid-19 on global CO2 emissions. Article 2 March 2021. Paris: International Energy Agency
Verfügbar unter: <https://www.iea.org/articles/global-energy-review-co2-emissions-in-2020>

IEA (2021):

Global Energy Review 2021. Paris: International Energy Agency
Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/global-energy-review-2021>

IEA (2021):

India Energy Outlook. Executive Summary. Paris: International Energy Agency
Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/india-energy-outlook-2021>

IEA (2021):

Renewables Integration in India. Executive Summary. Paris: International Energy Agency
Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/renewables-integration-in-india>

IPCC (2021):

Climate Change 2021. The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge University Press. In Press.

NOAA Research (2021):

Despite pandemic shutdowns, carbon dioxide and methane surged in 2020
Carbon dioxide levels are now higher than at anytime in the past 3.6 million years. Silver Spring: NOAA Research.
Verfügbar unter: <https://research.noaa.gov/article/ArtMID/587/ArticleID/2742/Despite-pandemic-shutdowns-carbon-dioxide-and-methane-surged-in-2020>

OECD (2021):

Climate Finance Provided and Mobilised by Developed Countries Aggregate trends updated with 2019 data. Climate Finance and the USD 100 Billion Goal. Paris: OECD Publishing

Oxfam Deutschland (2021):

Klimafinanzierung: Ein Überblick. Ursprünge, Konzepte und Baustellen der Klimafinanzierung. Berlin: Oxfam Deutschland

Powering Past Coal Alliance (2021):

New PPCA members tip the scales towards 'consigning coal to history' at COP26. London: Powering Past Coal Alliance

Senator Chris Coons and Representative Scott Peters (2021):

FAIR Transition and Competition Act of 2021. Protecting jobs, building resilience, and raising international climate ambition. Washington: Senator Chris Coons and Representative Scott Peters

The White House (2021):

U.S. Internationale Climate Finance Plan. Washington: The White House

The White House (2021):

The President's FY 2022 Discretionary Request. Washington: The White House, Office of Management and Budget

The White House (2021):

Executive Order on Tackling the Climate Crisis at Home and Abroad. Washington: The White House

UN (2021):

At UN, Biden pledges new era of 'relentless diplomacy' to tackle global challenges. Pressemitteilung vom 21. September 2021. New York: United Nations (UN)

UN (2021):

China headed towards carbon neutrality by 2060; President Xi Jinping vows to halt new coal plants abroad. Pressemitteilung vom 21. September 2021. New York: United Nations (UN)

UN (2021):

World's two largest economies commit to climate action – Guterres. Pressemitteilung vom 21. September 2021. New York: United Nations (UN)

UNFCCC (2021):

Nationally determined contributions under the Paris Agreement. Synthesis report by the secretariat. Advance Version FCCC/PA/CMA/2021/8. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

Interim NDC Registry. The latest submissions. Bonn: UNFCCC-Sekretariat
Verfügbar unter: <https://www4.unfccc.int/sites/NDCStaging/Pages/LatestSubmissions.aspx>

UNFCCC (2021):

Patricia Espinosa on National Climate Plans Submitted by 31 July. UN Climate Change News. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

Nationally determined contribution synthesis report. Date: 4 November 2021. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

World Leaders Kick Start Accelerated Climate Action at COP26. External Press Release / 02 Nov, 2021. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

UN Secretary-General: COP26 Must Keep 1.5 Degrees Celsius Goal Alive. External Statement / 01 Nov, 2021. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

Global Finance Ministers Discuss Transition to Net Zero. External Press Release / 03 Nov, 2021. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

End of Coal in Sight at COP26. External Press Release / 04 Nov, 2021. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

Adaptation Fund Raises Record US\$ 232.6 Million in New Pledges at COP26- External Press Release / 09 Nov, 2021. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

US\$ 413 Million Pledged for Most Vulnerable Countries at COP26. External Statement / 09 Nov, 2021. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

Zero Emission Vehicle Pledges Made at COP26. External Press Release / 10 Nov, 2021. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

Adaptation Fund Raises Record US\$ 351.6 Million in New Pledges at COP26. External Press Release / 09 Nov, 2021. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

UNFCCC (2021):

New Announcements Relating to Adaptation Made at COP26. External Press Release / 08 Nov, 2021. Bonn: UNFCCC-Sekretariat

United States Department of State (2021):

U.S.-China Joint Glasgow Declaration on Enhancing Climate Action in the 2020s. Media Note. Office of the Spokesperson. Washington: United States Department of States

WMO (2021):

State of the Global Climate 2020 (WMO-No. 1264). Genf: World Meteorological Organization (WMO)

World Bank Group (2021):

Adaptation Fund Trust Fund. Financial Report Prepared by the Trustee As of Jun 30, 2021. Washington: The World Bank Group

WWF (2021):

Expectations on loss and damage at COP 26. WWF Expectation Paper. Gland: World Wide Fund For Nature

Xinhua (2021):

Remarks by Chinese President Xi Jinping at Leaders Summit on Climate. Artikel vom 22. April 2021. Peking: Xinhua

Verfügbar unter: http://www.xinhuanet.com/english/2021-04/22/c_139899289.htm

Ansprechpartner / Impressum

Dr. Manuel Schölles

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-246

Telefax 089-551 78-91 246

manuel.schoelles@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw November 2021

Weiterer Beteiligter

co2ncept plus – Verband der
Wirtschaft für Emissionshandel
und Klimaschutz e. V.

089-55 178-445
co2ncept-plus@vbw-bayern.de